

29.08.2006

Stellungnahme der Wählergemeinschaft Die Grünen zum Umgang mit den zahlreichen Einwendungen zum Bebauungsplan Nr. 105 – E.ON Kraftwerk

Von der Dattelner Verwaltung war zu hören, dass man einen externen Juristen zur Hilfe gerufen hat, um bei der Bearbeitung der 169 vorliegenden Stellungnahmen zum geplanten E.ON Kraftwerk einen rechtssicheren Weg zu beschreiten.

Diesen Vorgang nimmt die Wählergemeinschaft Die Grünen zum Anlass, auf einige Punkte hinzuweisen.

Rechtssichere Bescheide sollten das Normale sein. Sie scheinen in diesem besonderen Fall aber außerordentlich wichtig zu sein, weil die Verwaltung wohl nach wie vor den Auftrag verspürt, das, was da eingereicht worden ist, abzuschmettern und möglichst nicht auf Begehren aus der Bevölkerung einzugehen. Die Verwaltung scheint zu ahnen, dass mit dieser Unnachgiebigkeit in strittigen Sachfragen Bürgerinnen und Bürgern aus Datteln und Waltrop keine andere Wahl bleibt, als die Gerichte zu bemühen.

Warum kann in unserer Stadt und in der Region der Konflikt, der sich vor allem wegen der gewaltigen Ausmaße des Kraftwerkes herausgebildet hat, nicht auf einem politisch höheren Niveau angegangen werden? Warum taucht Politik so weg? Warum können besorgte Bürger nicht bemerken, dass sich Volksvertreter kümmern und engagiert nach Kompromisslösungen suchen. Die außergewöhnlich vielen Eingaben sind doch kein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Verwaltung. Sie sind an gewählte Dattelner Politiker gerichtet, die Verantwortung zu übernehmen haben und zum Beispiel das Kühlturmproblem und andere negative Begleiterscheinungen noch entschärfen können.

Dazu muss man sich allerdings trauen, nach anfänglich vorbehaltloser Zustimmung nun dem E.ON Konzern einige Zugeständnisse und Nachjustierungen abzuverlangen. Nach einem Jahr Planungszeit sind doch die Knackpunkte viel deutlicher zu Tage getreten. Wenn man als Ratsmitglied an die Verkehrs- und Feinstaubprobleme denkt, an den Lärmschutz für Beisenkamp und Meistersiedlung, an die zusätzlichen Emissionen bei schon vorhandener Vorbelastung, an die Wasserstadt, das Stadtbild, die Verschattung u. a., dann muss man doch für die eigene Bevölkerung noch was rausholen und das eigenen Fell verteidigen wollen.

Natürlich entscheidet der Dattelner Rat mit dem Bebauungsplan, was und wie auf Dattelner Gebiet gebaut werden kann. Doch kann man wirklich außer acht lassen, dass die Baufläche unmittelbar an Waltrop grenzt und Anwohner in Oberwiese und dort gelegene landwirtschaftliche Betriebe die Auswirkungen besonders krass zu spüren bekommen? Diese Menschen werden es sich wohl nicht nehmen lassen, an den kommenden entscheidenden Sitzungen persönlich teilzunehmen. Sie werden sehen und hören wollen, was ihre Schutzinteressen den Dattelner Nachbarn wert sind und ob man sich für sie ins Zeug legt.

Rita Allhorn
Theodor Beckmann
Klaus Bösche